



## Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. • Luisenstraße 26 • 65185 Wiesbaden

## Positionspapier

### Schluss mit Gehsteigbelästigungen!

Seit einigen Jahren gibt es Vorfälle von Gehsteigbelästigungen vor staatlich anerkannten und beauftragten Schwangerschafts(konflikt)beratungsstellen in Hessen, die teilweise bis zu 40 Tage lang andauern. Fundamentalistische Gruppierungen behindern den vertraulichen und freien Zugang der Klientinnen zu den Beratungsstellen.

Die Erfahrungen der betroffenen Beratungsstellen zeigen, dass die Belagerungen eine gravierende Belastung und Störung der Beratungsarbeit im Rahmen des gesetzlichen Auftrags nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) darstellen. Die Gehsteigbelästigungen beeinträchtigen den staatlichen Schutzauftrag und das Beratungskonzept des SchKG, welches in § 5 (SchKG) eine ergebnisoffene und professionelle Beratung vorschreibt.

Mit Blick auf das derzeitige Schwerpunktthema der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. – gesellschaftlicher Zusammenhalt – positioniert sich der Liga-Gesamtvorstand gegen die Gehsteigbelästigungen vor Beratungsstellen sowie gegen Anfeindungen im Netz. Die Entwicklungen in Hessen seit dem Jahr 2019 verdeutlichen die gesellschaftspolitische Dimension des Spannungsfelds und die Notwendigkeit einer bundeseinheitlichen Regelung im Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG). Auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene wurden im November 2021 „wirksame gesetzliche Maßnahmen“<sup>1</sup> gegen die Gehsteigbelästigungen angekündigt.

Da die Versuche einer länderspezifischen Regelung bisher ohne Ergebnis blieben, setzt sich die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. auf Landes- und Bundesebene für die Umsetzung des Koalitionsvorhabens des Bundes ein. Damit ist die Forderung verbunden, dass sich die Hessische Landesregierung bei der Bundesregierung und den hessischen Bundestagsabgeordneten für eine bundesweite Regelung im SchKG zur Unterbindung von Gehsteigbelästigungen einsetzt.

<sup>1</sup> SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN & FDP 2021: S. 116.



## Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V.

Wir empfehlen die Erweiterung des SchKG um einen Ordnungswidrigkeitentatbestand in Anlehnung an das Rechtsgutachten „Möglichkeiten gesetzlicher Neuregelungen im Konfliktfeld, Gehsteigbelästigungen“ von Dr. Sina Fontana<sup>2</sup>:

### § 14a SchKG

*„Wer in Sicht- oder Rufweite einer anerkannten Beratungsstelle oder einer Einrichtung, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, die Ratsuchenden durch gezieltes Ansprechen oder sonstige Ausübung von Zwang oder Druck zu beeinflussen oder sie am Zugang zu hindern versucht, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 500€ geahndet werden“ (Fontana 2021: S. 3).*

Die Ergänzung des SchKG um einen Ordnungswidrigkeitentatbestand hätte auf die fundamentalistischen Gruppierungen mit Blick auf zukünftige Handlungen, auch im virtuellen Raum, eine abschreckende Wirkung. Darüber hinaus würde das Bußgeld die Missbilligung der belästigenden Verhaltensweisen verdeutlichen. Damit würden die schwangeren Frauen eine Stärkung ihres Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrechts erfahren und könnten ihr Recht auf Information uneingeschränkt wahrnehmen.

**Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. fordert die Politik auf, ein gesellschaftspolitisches Zeichen gegenüber den ratsuchenden Frauen und Paaren sowie den Berater\*innen zu setzen, damit Gehsteigbelästigungen keine Akzeptanz erfahren und konsequent verfolgt werden.**

---

**Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Sie vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso, wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. Mit ca. 7.300 Einrichtungen und Diensten sind die Mitgliedsverbände ein bedeutender Faktor für die Menschen, für eine soziale Infrastruktur und für die Wirtschaft in Hessen.**

**Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen wissen die rund 113.000 beruflich Beschäftigten und rund 160.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen in Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten, Tagesstätten, Bildungsstätten, Beratungsstellen, in den Frühförderstellen, ambulanten Diensten und anderen Einrichtungen um die sozialen Belange und die realen Rahmenbedingungen in Hessen. Diese Kenntnisse bringt die Liga in die politischen Gespräche auf Landesebene und mit Verhandlungspartnern und Kostenträgern ein.**

---

<sup>2</sup> Rechtsgutachten und Handreichung im Auftrag des Gunda-Werner-Instituts und der Heinrich-Böll-Stiftung aus dem Jahr 2021: <https://www.gwi-boell.de/de/rechtsgutachten-zur-verbesserung-des-zugangs-zur-schwangerschaftskonfliktberatung>.